

## Malediven ab heute ohne Präsidenten

**NEU DELHI.** Die politische Krise auf den Malediven nimmt kein Ende. Der dritte Versuch am Samstag, einen neuen Präsidenten zu wählen, wurde nicht zu Ende geführt. Die nötige Stichwahl wurde zunächst auf Sonntag angesetzt, dann aber auf nächsten Samstag verlegt. Das Verfassungsgericht begründete diesen Entscheid kurz vor Öffnung der Wahllokale mit der zu geringen Vorbereitungszeit. Von heute an ist das Land formell ohne Präsidenten. Wird die Stichwahl tatsächlich durchgeführt, tritt der liberale Menschenrechtsaktivist Mohamed Nasheed gegen Abdulla Yameen an, einen Halbbruder des einstigen Autokraten Maumoon Abdul Gayoom. (dpa)

## Barack Obama im abhörsicheren Zelt

**WASHINGTON.** US-Präsident Obama schützt sich laut «New York Times» auf Auslandsreisen mit einem abhörsicheren Zelt vor der Ausspionierung durch fremde Geheimdienste. Dies gelte auch bei Reisen in befreundete Länder. Man gehe davon aus, dass man überall ausgespäht werde, zitiert das Blatt einen Ex-Geheimdienstmitarbeiter. Das Zelt werde in einem Zimmer des Hotels aufgeschlagen, in dem Obama übernachtet. Er lese darin vertrauliche Dokumente oder führe wichtige Gespräche. Das Zelt sei mit einem Spezialbelag bestrichen, der vor versteckten Kameras schütze. Ausserdem würden dort Geräusche gegen das Abhören gemacht. (dpa)

# Arbeit an neuem Klimavertrag

In Warschau wird ab heute an einem weiteren UNO-Klimagipfel über die Verringerung des Schadstoffausstosses und über einen Vertrag verhandelt, der 2020 das Kyoto-Protokoll ersetzen soll.

CHRISTIAN MIHATSCH

**WARSAU.** In 18 Jahren ist es so weit. Dann hat die Menschheit seit Beginn der Industrialisierung knapp 3000 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre entsorgt. Damit hat sie ihr CO<sub>2</sub>-Budget aufgebraucht, wenn sie die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzen will, wie der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) in seinem neusten Bericht aufgezeigt hat.

Doch der Klimabankrott kann theoretisch noch vermieden werden, wie die Unternehmensberatung PWC ausgerechnet hat. Dazu müsste die CO<sub>2</sub>-Intensität der Weltwirtschaft jedes Jahr um 6 Prozent abnehmen. Das bedeutet, dass die Menschheit in zehn Jahren nur noch halb so viel CO<sub>2</sub> pro Euro Wirtschaftsleistung emittieren darf. Das Problem: Im vergangenen Jahr ist die CO<sub>2</sub>-Intensität der Weltwirtschaft gerade mal um 0,8 Prozent zurückgegangen.

### Ersatz für Kyoto-Protokoll

Vor diesem Hintergrund findet ab heute in Warschau ein weiterer Weltklimagipfel statt. Dort warten zwei Aufgaben auf die mehreren tausend Delegierten: Zum einen suchen sie nach Wegen, die Emissionen vor 2020 zu begrenzen. Zum anderen wollen sie bis 2015 einen neuen Weltklimavertrag aushandeln, der dann 2020 in Kraft treten soll.

Dieser neue Vertrag soll das Kyoto-Protokoll ersetzen und dann nicht nur für die Industriestaaten, sondern für alle Länder verbindliche Emissionsziele vorgeben. Das CO<sub>2</sub>-Budget werde dabei aber keine Rolle spielen, sagt Christiana Figueres, Chefin der UNO-Klimaverhandlungen. «Ich glaube nicht, dass das möglich ist. Politisch wäre es sehr schwierig. Ich weiss nicht, wer den Stift halten würde», wenn es darum gehe, nationale CO<sub>2</sub>-Budgets festzulegen.

### Hypothesen aus Vergangenheit

Ein Problem bei der Bestimmung von CO<sub>2</sub>-Budgets für die einzelnen Länder sind die Emissionen aus der Vergangenheit, denn CO<sub>2</sub> verbleibt für Jahrhunderte in der Erdatmosphäre: Würde man das CO<sub>2</sub>-Budget der Welt gemäss der Bevölkerungszahl auf die verschiedenen Länder verteilen, hätten die USA ihr Budget bereits im Jahr 1936 aufgebraucht und Deutschland im Jahr 1963, wie Ding Zhongli, der Vizepräsident der chinesischen Wissenschaftsakademie, ausgerechnet hat.

Einige Entwicklungsländer vertreten daher die Idee, dass die Industriestaaten für die Überbeanspruchung des CO<sub>2</sub>-Budgets bezahlen sollen. Doch auch dieser Idee erteilt Figueres eine Abfuhr: «Es ist nicht das erste Mal, dass jemand mit der Erwartung einer Entschädigung an



Vor einem Kohlekraftwerk in Polen.

Bild: ap/Alik Keplicz

den Verhandlungstisch gekommen ist. Aber ich sehe keinen Platz für eine derartige Massnahme.» Zudem ändert sich die Lage schnell: «Im Jahr 2020 werden die gesamten Emissionen der Entwicklungsländer diejenigen der Industriestaaten überholt haben. China, zum Beispiel, ist bereits heute der zweitgrösste historische Emittent.» Dies sagt Todt Stern, der Leiter der US-Delegation.

### Freiwillig oder unter Zwang?

Ausserdem glaubt Stern, dass ein Weltklimavertrag, welcher

den Ländern klare Emissionsvorgaben macht, einer schnellen Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses eher hinderlich wäre. «Ein System mit strikten Regeln und Strafen sieht vielleicht auf dem Papier gut aus. Aber es würde fast sicher den Ehrgeiz der Verpflichtungen mindern und die Beteiligung der Länder reduzieren.» Sterns Befürchtung: Die Regierungen würden sich nur zu kosmetischen Reduktionen verpflichten, wenn sie bei Nichterreichung Strafen gewärtigen müssten. Stattdessen schlägt Stern ein System mit «Normen

und Erwartungen» vor, «die die Länder erfüllen wollen, um ihr Ansehen in der Welt zu mehren». Wie immer setzen die USA also darauf, dass die Länder sich freiwillige Emissionsziele setzen, und hoffen, dass diese dank Gruppendruck ehrgeizig genug ausfallen, so dass schliesslich das CO<sub>2</sub>-Budget eingehalten werden kann.

### Geld für Schutzmassnahmen

Eine andere Art von Budget hat derweil der Leiter der chinesischen Delegation im Blick: Xie Zhenhua hat Flexibilität bei den Verhandlungen signalisiert, vorausgesetzt, die Industriestaaten halten ihr Finanzierungsversprechen. Diese hatten in den Jahren 2010 bis 2012 je 10 Milliarden Dollar für Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern bereitgestellt und für die Zeit ab 2020 gar 100 Milliarden pro Jahr versprochen. Für die Zeit von 2013 bis 2020 gibt es aber keine Zusagen.

Allzu grosse Hoffnungen auf schnelle Finanzausgaben dürfe sich Xie Zhenhua aber nicht machen, sagt Franz Perrez, der Leiter der Schweizer Delegation: «Die Finanzierung ist Teil eines Gesamtpaketes. Erst muss klar sein, wie hoch die Emissionsreduktionen der Entwicklungsländer ausfallen, bevor wir Geld zusagen. Die Schweiz ist aber durchaus bereit, mehr zu investieren.»

Anzeige

## MACHT DEN ALLTAG ZUM ABENTEUER.

Der JAGUAR XF Sportbrake macht Raum für Ihren Lifestyle. Mit einem Ladevolumen von bis zu 1'675 Litern bietet er mehr Platz als je ein JAGUAR zuvor. Sein vollendetes Design verbindet die Eleganz einer Luxuslimousine mit der Alltagstauglichkeit eines Sportkombis. Dabei strebt er souverän vorwärts mit der Kraft aus dem sportlichen 3.0-Liter-V6-Diesel S, dem sparsamen 3.0-Liter-V6-Diesel oder dem 2.2-Liter-Turbodiesel, dem effizientesten JAGUAR-Motor aller Zeiten (Normverbrauch 5.2 l/100 km, Effizienzklasse A).

Anspruchsvolle Abenteurer erleben den XF Sportbrake jetzt auf einer Probefahrt beim JAGUAR-Fachmann.

JAGUAR.CH

SONDERLEASING 3.9%  
AB 636.-/MT.\*



JaguarSchweiz



\* Leasingberechnung: JAGUAR XF Sportbrake 2.2-L-Diesel, 5-Türer, 2WD, 200 PS/147 kW, Verkaufspreis CHF 63'400.-, Leasingrate monatl. CHF 636.30, Leasing gültig vom 2.8. bis 29.11.2013, Sonderzahlung 22% des Verkaufspreises, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, effekt. Jahreszins 3.97%, oblig. Vollkasko nicht inbegriffen. Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Angebot nur bei teilnehmenden Händlern gültig. Abgebildetes Modell: inkl. Sonderausstattung Black-Pack/20"-Design-Rad «Kalimnos» metallic, Verkaufspreis CHF 69'360.-, Gesamtverbrauch 5.2 l/100 km (Benzinäquivalent 5.824 l), Ø CO<sub>2</sub>-Emission 139 g/km, Effizienzklasse A. Ø CO<sub>2</sub>-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 153 g/km.

## In der Türkei geht nun die Sittenpolizei um

JÜRGEN GOTTSCHLICH

**ISTANBUL.** Als Özge Altin vor drei Tagen nach Hause kam, staunte sie nicht schlecht. Die gesamte Nachbarschaft war in Aufruhr, ihr Haus stand kopf. 30 Polizisten sowie Beamte des Ordnungs- und des Finanzamtes seien da gewesen, und alles nur wegen ihr. Die Nachbarn waren von den Ordnungshütern befragt worden: «Was macht Özge, wie oft bekommt sie Besuch von Männern, was macht ihre Freundin?»

Özge war geschockt, so etwas war ihr noch nie passiert. Seit fünf Jahren lebt die Master-Studentin nun zusammen mit einer Kommilitonin in der kleinen Wohnung in Tophane, einem Bezirk im Istanbuler Stadtteil Beyoglu. Nie hatte es Probleme gegeben, auch mit ihrem Vermieter nicht, der ein Anhänger der Regierungspartei AKP ist. Ein Nachbar scheint die Polizei informiert zu haben, dass in in dem Haus zwei Studentinnen allein wohnen würden.

### Wird nicht länger geduldet

Das reicht seit neuestem in der Türkei, um Besuch von der Polizei zu bekommen. Ausser in der Wohnung von Özge führte die Polizei am Freitag noch in etlichen anderen Studentenwohnungen, Studentenheimen und selbst in Cafés, die häufig von Studenten besucht werden, Razzien durch. Dabei wurden Ausweise kontrolliert, Lebensgewohnheiten erfragt, nach nicht-verheirateten Paaren geforscht und Ordnungsstrafen verhängt, angeblich wegen Ruhestörung.

Ausgelöst wurden diese sittenpolizeilichen Aktivitäten durch eine Bemerkung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der kritisiert hatte, dass es immer noch Studentenwohn-

heime gäbe, in denen Frauen und Männer unter einem Dach lebten. Die konservativ-islamische AKP könne das nicht länger dulden. Er werde die Polizei und die zuständigen Provinzgouverneure beauftragen, sich darum zu kümmern.

Als erste Gerüchte über diesen neuerlichen Eingriff Erdogans in die Privatsphäre der Türkinnen und Türken die Runde machten, dementierte der stellvertretende Ministerpräsident und Regierungssprecher Bülent Arinc zunächst entschieden: «Diese Meldungen sind total falsch.» Doch Erdogan konterte sofort: «Diese Meldungen sind total richtig», sagte er am Rand einer Skandinavienreise, «wir werden solche Praktiken nicht länger dulden.» Der Konflikt innerhalb der AKP ändert in der Sache aber erst einmal gar nichts.

### Auch Teile der AKP geschockt

Nachdem der Kopftuchstreit eben erst im Sinne der AKP entschieden worden ist, hat Erdogan ein neues Konfliktfeld der gesellschaftlichen Moral eröffnet, in dem auch nur noch seine islamistisch-patriarchalische Haltung ausschlaggebend sein soll. In Kürze hat sich darum die Debatte über studentisches Zusammenleben zu einem neuen gesellschaftlichen Grosskonflikt entwickelt. Ausser Erdogans blinder Gefolgschaft ist die Gesellschaft bis weit in seine AKP hinein geschockt, dass er jetzt allen, die seine Moralvorstellungen nicht teilen, die Sittenpolizei auf den Hals schicken will.

Nicht nur die Studenten protestierten am Wochenende in etlichen Städten der Türkei, auch EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle protestierte gegen die Eingriffe in die Privatsphäre.